

Protokoll:	Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	121
		TOP:	1
Verhandlung		Drucksache:	831/2019
		GZ:	WFB
Sitzungstermin:	04.10.2019		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Fuhrmann		
Berichterstattung:	Frau Stahl-Polziehn, Herr Vaas (beide StKäm)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / pö		
Betreff:	Beteiligungsbericht 2018 der Landeshauptstadt Stuttgart		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen vom 09.09.2019, GRDRs 831/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Zunächst berichtet Frau Stahl-Polziehn anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Vertreter der Fraktionen danken für den prägnant und transparent dargestellten Überblick. Sie bedanken sich auch bei den an der Erstellung Beteiligten sowie allen im Konzern Stadt Stuttgart Beschäftigten für ihre Leistung.

StRin Fischer (90/GRÜNE) hebt die bedeutende und unverzichtbare Rolle der SVV hervor. Wichtig sei ihr auch, dass innerhalb des Konzerns Stadt das Thema Klimaschutz beachtet werde und man z. B. frage, was jeder Einzelne beitragen und wie noch enger zusammengearbeitet werden könne. Dies sollte in die Strategie aufgenommen werden.

Wie ihre Vorrednerin lobt auch StRin Porsch (CDU) die gesunde Eigenkapitalquote. Aufgefallen sei ihr, dass es relativ wenige Frauen in Führungspositionen gebe. Grundsätzlich müssten gerade auch in den Beteiligungsbetrieben Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Personalgewinnung und -erhaltung beförderten.

Letzteres unterstreicht auch StR Rockenbauch (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei), und er bezieht hier ergänzend noch Migrant*innen und Schwerbehinderte mit ein. Dies sei auch Thema für die Strategiediskussion. Er weist auf den Gemeinwohlaufrag der Stadt, gerade bei den Themen Wohnen, Energie, Ver- und Entsorgung hin. Nach wie vor halte seine Fraktion die Beteiligung am Flughafen für unnötig. Statt der Beteiligung an der LBBW sollte besser eine Stadtparkasse bzw. eine städtische Förderbank für ökologische und soziale Transformation, bei der Bürger*innen Geld anlegen könnten, gegründet werden. Die SWSG sollte künftig so geführt werden wie die SSB, bei der die Nutzerfinanzierung mit aktuell 60 % eher hoch sei. Die Darstellung sollte ergänzt werden um den Aspekt, wie ein Unternehmen mit sozialem Auftrag so ausgestattet werden könnte, dass es keine Gewinne mehr erwirtschaftete.

Nach Ansicht von StRin Schanbacher (SPD) muss die Landeshauptstadt Stuttgart eine starke Arbeitgeberin für schwache Menschen sein. Hier gebe es noch vieles aufzuholen, z. B. in Bezug auf den kommunalen Arbeitsmarkt. Die für 2020 geplante Strategiediskussion sei wichtig. So brauche die SSB dringend Investitionen ins bestehende Schienennetz, die Klimawende müsse auch in der Stadt erfolgen, und die SWSG müsse unterstützt werden, sodass nach energetischen Sanierungen die Mieten nicht zu sehr anstiegen.

StR Zaiß (FW) betont gegenüber StR Rockenbauch, ohne Gewinne könne nicht investiert werden. Wenn die 22.000 Wohnungen der SWSG bezuschusst würden, sei dies ungerecht gegenüber den anderen Mieter*innen. Die SWSG müsse wenigstens eine schwarze Null erwirtschaften, andernfalls breche das System zusammen.

Für eine Beteiligung der Stadt an der LBBW spreche, so StR Neumann (FDP), die jährliche Ausschüttung, mit der die Stadt wiederum Investitionen tätigen könne.

Für eine verstärkte Förderung von Frauen und generell der Vielfalt plädiert auch StRin Schumann (PULS). Schwache Arbeitnehmer*innen sollten bei der Stadt mehr Möglichkeiten erhalten. Im sozialen Bereich sollte die Stadt nicht in Konkurrenz zu freien Trägern und Vereinen treten, sondern einen konstruktiven und kooperativen Pfad einschlagen. Statt der Gewinnoptimierung sollte das Ziel sein, die lebenswerte Stadt für alle zu erhalten bzw. langfristig zu schaffen.

An dieser Stelle macht BM Fuhrmann darauf aufmerksam, dass es aktuell um den Beteiligungsbericht gehe. Die Gesamtstruktur SVV und Beteiligungen werde zu einem anderen Zeitpunkt diskutiert.

Um die Gewinnung und Erhaltung von Personal und besonderen Arbeitnehmer*innengruppen bemühe sich die Stadt und sei hier vergleichsweise sehr gut aufgestellt. Darauf werde in den entsprechenden Gremien auch geachtet.

Gegenüber StR Currle (CDU) weist Herr Vaas darauf hin, dass die Stadt nicht über "zu viel Geld" im Sinne von übrigen Mitteln verfüge, sondern über Liquidität. Diese Gelder seien aber alle verplant und sollten im Laufe der nächsten drei bis fünf Jahre abfließen. Er kündigt für die Haushaltsplanberatungen einen Vorschlag an, demzufolge ein Teil dieser Liquidität für Finanzierungen von Eigenbetrieben verwendet werden solle. Man wolle keine Negativzinsen bezahlen, während die Eigenbetriebe oder Beteiligungsunternehmen Kredite aufnehmen müssten. Problematisch sei bei der Umsetzung, dass

das Geld, das Eigenbetrieben z. B. für 10 bis 20 Jahre zur Verfügung gestellt werde, dann längerfristig für andere Projekte fehle. Hier gelte es, sehr genau auszutarieren.

Die Gewinnung von Beschäftigten sei generell schwierig, wenngleich die Beteiligungsunternehmen etwas flexibler seien als die Stadt, z. B. was Zulagen betreffe. Auf Nachfrage von StR Köhler (AfD) erklärt Herr Vaas, der Beschäftigtenzuwachs erfolge in erster Linie bei den Eigenbetrieben. An StRin Schanbacher wendet sich Herr Vaas mit dem Hinweis, gerade beim Klinikum Stuttgart und dem AWS seien viele Stellen für einfache Tätigkeiten geschaffen worden.

Auf eine weitere Nachfrage von StR Rockenbauch informiert Herr Vaas, in der Eckwerberberatung im VA am 09.10.2019 werde der Schwerpunkt auf der SVV - im Zusammenhang mit der SSB - liegen. Die SVV gleiche die Verluste der SSB üblicherweise aus, stiegen diese aber zu sehr an, z. B. aufgrund von Instandhaltungsmaßnahmen, reichten die Erträge aus den Spezialfonds nicht mehr aus. Das Vermögen der SVV sei vorwiegend in Beteiligungen angelegt, allen voran bei den Stadtwerken infolge der Netzkäufe sowie bei der SSB. Gut 400 Mio. € seien in Spezialfonds angelegt. In den letzten zehn Jahren habe man mit diesen Erträgen die Verluste der SSB abgedeckt. Dies werde angesichts des niedrigen Zinsniveaus immer schwieriger, insbesondere bei steigenden Verlusten der SSB tue sich hier eine Lücke auf. Der Haushalt sehe städtische Darlehen schwerpunktmäßig für die SES vor, die enorme Investitionen in die Entwässerungskanäle und, aufgrund von Umweltauflagen, Kläranlagen tätigen müsse. Die Spezialfonds - und damit beantwortet er eine Frage von StRin Schanbacher - würden nach den vom letzten Gemeinderat beschlossenen Anlagerichtlinien bedient, die u. a. Kohlekraftwerke und Rüstungsindustrie ausschließen. Diese Richtlinien stelle er ihr gerne zur Verfügung. 20 bis höchstens 30 % seien in Aktien und Unternehmensanleihen angelegt, der Rest in langfristigen Wertpapieren bzw. Anleihen.

Abschließend stellt BM Fuhrmann Kenntnisnahme fest.

Zur Beurkundung

Sabbagh / pö

Verteiler:

- I. Referat WFB
zur Weiterbehandlung
Stadtkämmerei (2)
WFB-K
LMS
HSG
in.Stuttgart
MSG
SM
SWS
SWSG
VMS
weg. VA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
Rechtsamt
 3. Referat SI
ELW (2)
 4. Referat T
Tiefbauamt/SES (3)
AWS (2)
BBS (2)
 5. GPR (2)
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS